



Interviews

Datum: 3. August 2025

Johann Wadepful, Bundesaußenminister, CDU

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Wurzel: Am Mikrophon Steffen Wurzel und zu Gast Johann Wadepful, Bundesaußenminister und CDU-Politiker, herzlich willkommen im Deutschlandfunk.

Wadepful: Dankeschön, vielen Dank für die Einladung.

Wurzel: Wir zeichnen dieses Gespräch auf am Freitagnachmittag im Flugzeug. Wir sind auf der Rückreise von einer zweitägigen Reise nach Israel und in die palästinensischen Gebiete. Wird sich die offensichtlich katastrophale humanitäre Lage, die es im Gazastreifen gibt, nach Ihrem Besuch verbessern?

Wadepful: Hoffentlich, ich habe jedenfalls alles dafür getan, dass das geschehen kann. Wir beobachten ja seit geraumer Zeit, dass die Blockade, die Israel praktisch ausgebracht hat für den Gaza-Streifen zu einer Hungersnot geführt hat, dazu geführt hat, dass Menschen sterben, leiden, dürsten. Und es hat eine Dimension erreicht jetzt, die das Kabinett insgesamt bewogen hat, dass wir uns die Situation noch einmal anschauen, und das macht praktischerweise der Bundesaußenminister. Und ich habe in dieser Funktion die klare Botschaft aus Deutschland überbracht, dass es eine fundamentale Änderung der Versorgungssituation im Gazastreifen braucht. Und ich hoffe, dass das gehört worden ist. Ich habe allerdings auch den Eindruck, dass das gehört worden ist.

Wurzel: Woran machen Sie das fest?

Wadepful: Es waren intensive Gespräche mit meinem israelischen Kollegen Sa'ar, mit dem ich ohnehin einen sehr engen Kontakt dankenswerterweise von Anfang an habe, aber auch erneut mit Premier Netanjahu und auch mit dem israelischen Präsidenten Herzog. Also ich bin schon dort von den Personen wahrgenommen worden, die für die israelische Politik sehr entscheidend sind und der ganze Tenor der Gespräche war natürlich freundschaftlich, weil unsere beiden Staaten ein enges, gutes Verhältnis haben. Sie wissen, dass wir eine besondere Verantwortung für Israel haben, die auch leben, aber auch in dieser Verantwortung manchmal die Aufgabe haben, guten Freunden - und hier den israelischen - klar zu sagen, dass sie an ihrer Politik etwas ändern müssen. Und diese Kritik äußern zu können, ist auch eine große

Verantwortung für Deutschland, aber auch ein Privileg, dass wir das machen können, dass wir gehört werden. Und mein Eindruck war, dass das auch auf israelischer Seite so verstanden worden ist.

Wurzel: Wenn Sie mit Ihren israelischen Gesprächspartnern sprechen, die drei haben Sie gerade beschrieben, die drei Top-Politiker eigentlich in Israel, und Sie diese Lage so schildern, wie sie im Gazastreifen Ihrer Ansicht nach ist, was kommt dann zurück? Nehmen das die israelischen Spitzenpolitiker zur Kenntnis, streiten sie es ab, so wie sie es in den Medien zum Beispiel tun, wie reagieren die?

Wadepuhl: Nein, komplettes Abstreiten gibt es dort nicht, aber natürlich höre ich deren Sicht der Dinge. Das ist ein Land, was bekämpft wird, was bedroht wird von außen; schon immer vom Iran, von anderen Terrororganisationen, Hisbollah, Huthis, aber natürlich auch von Hamas. Hamas hat immer noch israelische - übrigens auch deutsche Geiseln - in Haft seit dem 7. Oktober 2023. Das muss man sich einmal vorstellen, unter unvorstellbaren Bedingungen leben die da, etliche, die meisten allerdings sind wohl leider schon verstorben. Also das macht natürlich etwas mit einem Land, was dort geschehen ist. Das hat Israel komplett verändert. Das heißt, die Zustimmung, auch zu einem Ausgleichsprozess mit Palästinensern, zu einer Zwei-Staaten-Lösung, hat ja rapide bedauerlicherweise abgenommen. Das muss man verstehen, wenn man die Antworten hört. Aber trotzdem ist es so, dass gerade in Deutschland wahrgenommen wird, wenn es klar zum Ausdruck bringt, dass dort eine untragbare Situation eingetreten ist. Und das sind ja nicht nur wir. Es sind ja auch viele andere Staaten der Welt, die das machen. Und das ist auch eine Sorge, die mich erheblich umtreibt, dass Israel in eine Situation der Isolation geraten kann. Das darf auch Deutschland nicht zulassen. Da müssen wir Israel auch helfen, dass es gar nicht in eine derartige Situation kommt.

Wurzel: Wie helfen Sie dabei?

Wadepuhl: Mit Rat, den wir versuchen gut zu geben, mit Offenheit, mit Begleitung auf diesem schwierigen Entscheidungsprozess. Wir gehören ja zu den Ländern, die mittlerweile sich in einer Minderheit befinden, das muss man wissen, die zum jetzigen Zeitpunkt den palästinensischen Staat nicht anerkennen, obwohl unser engerer Partner Frankreich das jetzt klar gekündigt hat, obwohl das Vereinigte Königreich das in Aussicht gestellt hat, viele andere europäische Partner das schon getan haben. Wir sagen: Wir wollen das erst dann machen, wenn Israel die Chance hatte, gemeinsam mit Palästinensern eine Staatlichkeit, auch weitere Bedingungen in einer Friedensvereinbarung auszuhandeln. Das ist für uns klar, auch für die Bundesregierung klar. Aber das bedeutet natürlich auf der anderen Seite auch, dass Israel das ermöglichen muss, dass ein solcher Staat entstehen kann, eben auch im Gazastreifen. Der

gehört dazu und dass die Menschen, die im Gazastreifen leben, auch tatsächlich einfach leben können und die Situation nicht so schlecht wird, dass sie sterben, und dass das ganze Leiden und Sterben im Gazastreifen jetzt mittlerweile dazu geführt hat, dass eine immer größere Zahl von Staaten Partei einseitig ergreifen für die Palästinenser und die israelischen Interessen nicht mehr sehen: Das besorgt uns, und das muss aber auch Israel besorgen. Und da versuchen wir, Rat zu geben und die Augen zu öffnen und dabei zu sein, dass Israel sich besser positionieren kann als bisher.

Wurzel: Ein Grund dafür ist ja vor allem, das sind die Bilder, die wir aus dem Gazastreifen bekommen mit den hungernden Menschen, wo Sie sagen, es braucht eine fundamentale Änderung dieser Politik. Was ist da die Messlatte und vor allem, was ist die Frist, die Deutschland, die Sie den Israelis mitgeben?

Wadepuhl: Ich arbeite jetzt nicht mit Fristen, sondern ich sage, dass die Situation schrecklich ist, dass es unermessliches Leid ist, und wenn das so ist, dann muss man natürlich möglichst sofort zu einer Änderung kommen, sondern ich rede über Maßnahmen, die zu treffen sind und über Wege, wie das gelöst werden kann. Und das liegt aus meiner Sicht auf der Hand. Ich bin dafür, dass die Vereinten Nationen mit all ihren Hilfsorganisationen, die dazugehören, auch das Internationale Rote Kreuz, auch viele kirchliche, karitative Organisationen, also all das Netzwerk, was es immerhin schon gegeben hat, dass das wieder das Heft des Handels in die Hand bekommt, dass es freien Zugang bekommt zum Gazastreifen und dass diese Organisationen sozusagen ihren Job machen können. Sie können es nämlich, wenn man es ihnen gestattet. Und das ist eine ganz grundsätzliche Position der Bundesrepublik.

Wurzel: Aber wann muss das passieren?

Wadepuhl: Das kann morgen anfangen, und es ist ja auch jetzt schon besser geworden. Es hat schon in dieser Woche, das ist auch ein Ergebnis meiner Gespräche mit der israelischen Regierung gewesen, dass schon in dieser Woche sehr viel mehr Lastkraftwagen einfahren können in den Gazastreifen als in der Woche davor. Es reicht noch nicht aus, aber es muss jetzt jeden Tag besser werden, da werden wir dranbleiben, das werden wir auch weiter beobachten. Es ist eben ganz grundsätzlich so, dass wir der Meinung sind, die Vereinten Nationen sind die zentrale Weltorganisation, die sich um derartige Krisen, Kriege, auch humanitären Situationen zu kümmern hat. Und deswegen bin ich dafür, dass die Vereinten Nationen wieder in eine starke Rolle kommen, dass sie auch in der Lage sind, den Friedensprozess zu begleiten, aber dass sie jetzt ganz schnell eben für Abhilfe sorgen, damit die Menschen schnell wieder einfach ernährt werden, Wasser bekommen, Medikamente bekommen, all das, was da dringend fehlt.

Wurzel: ... wobei die israelische Regierung mehrfach deutlich gemacht hat, wir vertrauen den Vereinten dazu, nicht vor allem nicht dem UNRWA. Wenn all das, was

Sie hier im Deutschlandfunk-Interview fordern oder sich wünschen von der israelischen Regierung, nicht passiert, wie handelt Deutschland dann? Was passiert dann?

Wadepful: Zum Glück müssen wir über ein solches Szenario nicht sprechen, weil wir jetzt wieder feststellen, und das ist ja eine Entwicklung der jüngeren Zeit, dass die VN-Organisationen Zugang erhalten. Das muss jetzt noch wieder breiter werden, das muss besser werden. Wir vertrauen den Vereinten Nationen. Natürlich gibt es auch dort Fehlentscheidungen und auch Fehlentwicklungen, wie überall in großen Organisationen. Aber die Vereinten Nationen haben eine große Erfahrung mit all ihren Unterorganisationen, was die Bewältigung derartiger Krisensituationen angeht. Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt sie auch hier. Und wir bringen sie ins Spiel. Und da lassen wir auch nicht locker'...

Wurzel: ... ich lasse auch nicht locker, deswegen noch mal die Frage: Wenn Israel die Politik nicht so ändert, wie Sie sich das wünschen, wie sich das Deutschland wünscht, was passiert dann?

Wadepful: Ja, auf hypothetische Fragen sollen Politiker grundsätzlich nicht antworten, sondern wir beantworten sie dann, und das habe ich auch gelernt, wenn sie sich realpolitisch stellen. Ich habe ja begrüßt, dass jetzt die Vereinten Nationen mit ihren Organisationen durchaus wieder mehr dort zum Zuge kommen. Das ist eine gute Entwicklung, das ist eine richtige Entwicklung. Diese muss verstetigt werden, sie muss vertieft werden, aber die Bundesregierung schaut sich das sehr genau an. Deswegen habe ich diese Reise gemacht, und ich werde in dem Kabinett darüber berichten. Es muss eine fundamentale Änderung geben. Ich sehe keine andere Organisation als die Vereinten Nationen, die das leisten kann. Das, was da nötig ist, wird nicht wie Manna vom Himmel fallen, wie das in der Bibel mal beschrieben worden ist, sondern es muss im Wesentlichen auf dem Landwege hineintransportiert werden. Unsere Luftabwürfe können auch nur eine kleine Linderung sein. Wir machen sie, wir machen alles, was lindert. Aber es muss auf dem Landwege geschehen, und das muss Israel ermöglichen, und das wird dort auch verstanden.

Wurzel: Das Interview der Woche in Deutschlandfunk mit Johann Wadepful, dem Bundesaußenminister. Wir zeichnen dieses Gespräch auf am Freitagnachmittag beim Rückflug von Tel Aviv in Richtung Berlin. Sie haben sich bei dieser Reise in die Region nicht nur mit israelischen Politikern getroffen, sondern zum Beispiel auch mit Angehörigen der israelischen Geiseln, die ja immer noch in der Gewalt der Hamas sind. Wie haben Sie das erlebt? Was war das für eine Stimmung? Was haben die Ihnen gesagt?

Wadepful: Ja, das ist natürlich eine beklemmende Stimmung. Eine Stimmung, wo man natürlich unmittelbar diese Schicksale erfährt, berichtet bekommt, für mich nicht das erste Mal, sondern ein wiederholtes Treffen mit Geiselangehörigen. Da lassen einige auch natürlich ihren Emotionen freien Raum. Und auch mich nimmt das mit, wenn man dann weinende Menschen neben sich hat, und man kann ihnen relativ

wenig konkrete Hilfe anbieten. Das sind übrigens auch Deutsche, und deswegen engagiere ich mich diesbezüglich auch. Wir sprechen insbesondere auch mit arabischen Staaten, die einen besonderen Kontakt zur Hamas haben. Das ist die Realpolitik, die praktische Politik, die man dann leisten muss. Und ich wiederhole das immer wieder, das schreckliche Schicksal dieser Menschen muss möglichst schnell beendet werden. Und neben der Begegnung und dem Trost und der Versicherung, dass diese Menschen nicht alleine sind, sondern dass die deutsche Bundesregierung nach Kräften versucht, ihnen zu helfen und sie zu unterstützen, ist es für mich natürlich auch noch einmal eine erneute dringende Motivation, wieder mehr zu machen.

Wurzel: Die Terrororganisation Hamas hat nicht nur die Geiseln nach wie vor in ihrer Gewalt, sie macht auch sehr deutlich, dass sie im Gazastreifen an der Macht bleiben will. Das steht einer Lösung dieses Konflikts deutlich im Wege. Wie könnte hier eine Lösung aussehen Ihrer Ansicht nach?

Wadephul: Also Hamas darf definitiv keine Verantwortung mehr behalten. Hamas muss entwaffnet werden, jeder politischen Betätigung entsagen. Und die Verantwortlichen von Hamas müssen auch zur Verantwortung gezogen werden. Die haben schrecklichste Gräueltaten vollbracht am 7. Oktober und werden sich dazu strafrechtlich verantworten müssen. Das ist klar. Ich bin froh, dass die palästinensische Autonomiebehörde diese Auffassung übrigens teilt. Ich konnte darüber mit Präsident Abbas auch heute reden. Das ist eine gute Grundlage, dass nicht nur die internationale Gemeinschaft und erst recht natürlich Israel diese Auffassung vertritt, sondern dass sie auch von Verantwortlichen aus den Reihen der Palästinenser so gesehen wird. Und da gibt es auch zu diesen Konsequenzen keine Alternative. Man kann über vieles reden, wie das praktisch ablaufen kann ...

Wurzel: ... was steht da im Raum, was ist da im Gespräch?

Wadephul: Eine Entwaffnung steht im Raum. Natürlich kann es so sein, dass einzelne Hamas-Verantwortliche, wie auch jetzt, im Ausland bleiben, sozusagen im Exil sich weiter aufhalten. Das wird man dann möglicherweise hinnehmen müssen. Das hat es in der Vergangenheit auch schon gegeben. Aber ansonsten ist klar, wir müssen dieser Terrororganisation das Handwerk legen, und da kann sich Israel komplett auf die deutsche Solidarität verlassen.

Wurzel: Ein Schwerpunkt Ihrer Reise war auch die Situation im Westjordanland. Den zweiten Tag der Reise haben Sie ganz überwiegend in den von Israel besetzten Gebieten im Westjordanland verbracht. Was machen Sie, wenn sich die israelische Politik entscheidet - und das deutet sich an - wir annektieren das Westjordanland? Der Außenminister, mit dem Sie ja gesprochen haben, Herr Sa'ar, hat am Freitag in einem FAZ-Interview ganz deutlich gesagt: „Wir haben das Recht dort zu leben“, und einen palästinensischen Staat werde es nicht geben, weil ein solcher Israel unsicher mache.

Wadephul: Also für uns ist die Position sehr klar. Wir erkennen jetzt einen palästinensischen Staat nicht an, aber es muss ihn geben können. Und dazu wird Ostjerusalem gehören, das Westjordanland und auch der Gaza-Streifen. In welchem Umfang, das muss verhandelt werden. Und deswegen gibt es die Möglichkeit, dass in einzelnen Gebieten des jetzigen Westjordanlandes oder der damaligen Grenzen von 1967 sowohl Jüdinnen und Juden als auch Palästinenserinnen und Palästinenser leben. Das muss halt zwischen beiden Parteien verhandelt werden. Das ist unsere Position, die vertreten wir aber beiden gegenüber auch sehr klar ...

Wurzel: ... aber glauben Sie, dass sich die Israelis angesichts dessen, was israelische Politiker von sich geben, was sie in Interviews auch in deutschen Medien sagen, dass die sich auf Verhandlungen darüber einlassen werden?

Wadephul: Das ist das, was in Oslo vereinbart worden ist. Wir vertreten das weiterhin, und es gibt keine andere Lösung. Mir gegenüber ist auch hier in Israel von der Regierung ganz klar gesagt worden, dass man für eine vereinbarte Regelung ist. Dazu gibt es weiter die Bereitschaft. Übrigens ist dafür auch Voraussetzung, dass die Palästinenser verhandlungsbereit und -fähig sind. Dazu muss sich die palästinensische Autonomiebehörde reformieren. Sie braucht auch eine neue demokratische Legitimation. Seit etlichen Jahren hat es dort keine Wahlen gegeben. Also das sind Schritte, die müssen wir nach und nach machen. Erster Schritt ist ein Waffenstillstand, und dann muss das alles schnell danach geschehen. Aber die Möglichkeit muss es dazu geben, alles andere wäre völkerrechtswidrig. Und das habe ich auch hier wieder heute klar gesagt. Das ist auch eine Position, die die deutsche Bundesregierung schon immer gehabt hat, und die ändert sich auch nicht.

Wurzel: Einer der Punkte, die eine mögliche Zwei-Staaten-Lösung ja auch sehr schwierig machen, sind die Dinge, die man seit einigen Wochen vermehrt im Westjordanland sieht, also Angriffe militanter Siedler zum Beispiel. Sie waren bei Ihrem Besuch in Taybeh, ein Dorf, in dem rund 1300 Christen leben. Dieses Dorf war zuletzt massiven Angriffen ausgesetzt. Es gab Brandanschläge, Autos wurden angezündet, Wohnhäuser wurden angegriffen, Kirchen, Gebäude wurden angegriffen, Landwirtschaft und so weiter. Sie haben dort sich getroffen mit Geistlichen, Sie haben gemeinsam gebetet. Was war das für eine Erfahrung für Sie, dieser Besuch in diesem Dorf?

Wadephul: Sehr wichtig und auch übrigens persönlich sehr bewegend zu sehen, wie dort verschiedene christliche Gemeinschaften in einem Dorf zusammenleben, ihren Glauben praktizieren und wegen ihres Glaubens, wegen ihres christlichen Glaubens angegriffen werden von militanten jüdischen Siedlern. Das ist natürlich überhaupt nicht akzeptabel und für mich ein klarer Anlass, auch die israelische Regierung aufzufordern, hier den Christen, die dort leben, Schutz zu gewähren, wie allen anderen, die angegriffen werden von militanten jüdischen Siedlern, für Rechtsstaatlichkeit zu sorgen, Strafverfolgungsbehörden einzuschalten. Das sind Anschläge gewesen, die

waren sehr gefährlich. Die hätten ohne weiteres mehrere Menschenleben fordern können ...

Wurzel: ... es gab ja auch Tote in anderen Zusammenhängen ...

Wadephul: ... es gab in einem anderen Zusammenhang auch schon Todesfälle. Und insofern zeigt das für mich einmal mehr, dass nicht nur auf internationaler Ebene, sondern eben auch vor Ort eine dramatische Situation sich mittlerweile abzeichnet und ein Grund mehr, dass Deutschland sich engagieren muss und hier klar sein muss. Bei aller Verbundenheit zu Israel, die selbstverständlich besteht, wir dürfen derartige Gewaltakte nicht hinnehmen. Wir stehen überall auf der Welt, aber natürlich auch in Palästina an der Seite der Christinnen und Christen als ein Beispiel von verfolgten Menschen, die hier bedroht werden.

Wurzel: Es gibt im israelischen Kabinett, in der israelischen Regierung rechtsextreme Politiker, die sich ganz stark machen für die Anliegen, die Interessen der Siedlerinnen und Siedler im Westjordanland. Die Politiker Bezalel Smotrich und Itamar Ben-Gvir, die fordern ja auch ganz konkret die Annexion des Westjordanlandes. Wäre es für Deutschland eine Möglichkeit, diese beiden Männer zu sanktionieren, also an der Einreise zu hindern? Norwegen, Slowenien, die Niederlande machen das schon, sie verweigern beiden die Einreise.

Wadephul: Wie gesagt, ich möchte weiter davon absehen, zu konkreten Maßnahmen hier etwas zu sagen. Das müssen wir jetzt im Kabinett miteinander besprechen. Aber es ist vollkommen klar, dass das, was diese beiden Herren politisch vertreten in Israel, nicht in Einklang zu bringen ist mit internationalem Recht und auch mit der Nahostpolitik der Bundesregierung. Und das habe ich ja auch sehr klar dem Außenminister und dem Premierminister gesagt, die das auch nachvollziehen können. Ich hoffe, dass diese Konflikte sich nicht verschärfen und dass die israelische Regierung an der Stelle insgesamt klar bleibt. Ich kann mich da auf das Wort gerade meines Kollegen Sa'ar verlassen, der ein guter, freundschaftlicher Gesprächspartner ist und der klar andere Töne anschlägt.

Wurzel: Das Interview der Woche im Deutschlandfunk mit dem Bundesaußenminister Johann Wadephul. Der Gaza-Konflikt hat längst auch eine innenpolitische Komponente. Fühlen Sie sich eigentlich als CDU-Politiker manchmal zerrieben zwischen der SPD einerseits, die einen deutlich härteren Kurs fordert in Bezug auf Israel, und zwischen der CSU andererseits, die eine allzu deutliche Kritik gegen Israel ablehnt?

Wadephul: Nein, überhaupt nicht. Ich versuche, meine Politik herzuleiten aus klassischen Grundsätzen der deutschen Außenpolitik, der Verbundenheit zum Staat Israel, aber natürlich auch der Orientierung an internationalem Recht. Das, was ich daraus herleite, das trifft aus meiner Sicht ziemlich genau das, was zumindest eine große Mehrheit auch in der deutschen Bevölkerung, aber übrigens auch im Deutschen Bundestag für richtig hält. Dass man gerade bei diesen Themen, die sehr polarisierend

wirken, auch immer mal wieder scharfer Kritik ausgesetzt ist, das gehört zu meinem Berufsrisiko. Das nehme ich gerne in Kauf. Man darf sich an derartige Themen nicht heranmachen, wenn man Angst davor hat, dass es solche scharfe Kritik gibt, aber das ist genau meine Aufgabe. Ich glaube, dass man das anpacken muss und dass gerade die deutsche Außenpolitik hier in eine aktive Rolle hineingehen muss. Denn es gibt wenige andere, die die Möglichkeit noch dazu haben, weil sie von der einen oder anderen Seite schon als zu parteiisch zurückgewiesen werden. Das ist nämlich auch ein Nebeneffekt dieser Anerkennungspolitik einiger Staaten. Deutschland wird sowohl von Israel als auch durchaus von arabischen Staaten als ein rationaler Ansprechpartner gesehen. Und deswegen haben wir und habe ich hier eine Aufgabe zu erledigen. Und die mache ich ohne Rücksicht darauf, ob ich die ein oder andere Kritik einstecke. Das gehört einfach dazu.

Wurzel: Der Nahostkonflikt, der Gaza-Konflikt wird längst auch in Deutschland ausgetragen, viel mehr noch als sonst. Es gibt die Zahlen, die zeigen ganz deutlich, dass Menschen jüdischen Glaubens in Deutschland zunehmend antisemitischen Straftaten und Bedrohungen ausgesetzt sind. Wie ist damit umzugehen?

Wadepuhl: Dem müssen wir auf das Schärfste entgegentreten und immer wieder auch die besondere Verantwortung, die wir haben gegenüber allen Jüdinnen und Juden, die in Deutschland leben, klarzumachen. Es macht mir Sorge, dass gerade in der jüngeren Generation das oft in Vergessenheit gerät. Es ist eine bleibende Verantwortung, die wir zu tragen haben, und nicht irgendeine schlimme Last oder ein ärgerlicher Rucksack, den wir dabei haben, sondern ich glaube, es ist eine große Aufgabe für jeden einzelnen Bürger, für jede einzelne Bürgerin, aber auch für jeden Politiker, sich darüber klar zu werden, welche besondere Aufgabe wir haben. Ich tue das übrigens gern, so schrecklich es ist, an die Gräueltaten von Nazideutschland erinnert zu werden. Aber ich empfinde es fast als ein gewisses Privileg, ein kleines bisschen dazu beitragen zu können, dass wir eben zeigen, dass wir daraus gelernt haben, dass wir unsere Verantwortung wahrnehmen. Und das ist eine besondere Schutzverantwortung für jüdisches Leben in Deutschland. Das ist eine besondere Staatsverantwortung, die wir auf allen Ebenen wahrzunehmen haben. Und dem stellt sich die Bundesregierung. Aber wir müssen natürlich auch alle Bürgerinnen und Bürger ermutigen, Zivilcourage zu zeigen und Jüdinnen und Juden, die in der Öffentlichkeit sich zeigen und sich auch als solche zu erkennen geben, zu verteidigen, wenn sie von Antisemiten angegriffen werden.

Wurzel: Die Tatsache, dass Frankreich und Großbritannien Palästina als Staat anerkennen wollen, das hat dort in den Ländern natürlich auch eine innenpolitische Komponente. Das ist ja ganz deutlich. Es geht um die Muslime dort, die ja auch Staatsbürger sind zum großen Teil und eben wählen. Die setzen ihre Regierungen dort unter Druck. Was macht Sie eigentlich so sicher, dass das in Deutschland nicht auch irgendwann passiert?

Wadephul: Nein, ich glaube ganz grundsätzlich, dass man bei derartigen Entscheidungen nicht von innenpolitischen Erwägungen sich leiten lassen sollte. Das Eigenartige an der britischen Argumentation ist ja, dass sie *dann* anerkennen wollen, wenn es eigentlich den Palästinensern im Gazastreifen besonders schlecht geht, wenn sie im Grunde gar nicht in der Lage sind, über eigenes Schicksal zu entscheiden, wenn sie hungern und wenn die israelische Armee dort entscheidend ihr Leben beschränkt - gerade dann will man einen Staat anerkennen. Umgekehrt will man es dann nicht machen, wenn es vielleicht und hoffentlich, und dafür arbeiten wir ja alle, den Menschen in den palästinensischen Gebieten, auch im Gazastreifen, besser geht, wenn sie vielleicht sogar ein gewisses Maß der Selbstverwaltung erreicht haben. Also das ist ein widersprüchliches Vorgehen, das ich so nicht richtig finde. Und deswegen lassen Sie uns bitte dabei bleiben, dass wir die Möglichkeiten für diesen palästinensischen Staat offenhalten, dass wir dafür praktisch arbeiten. Indem wir das zeigen, zeigen wir ein gutes Bekenntnis zum internationalen Recht und auch zum Selbstbestimmungsrecht der Völker. Und ich war ganz zufrieden und glücklich, dass heute der Palästinenserpräsident Abbas das nicht nur akzeptiert hat, sondern sich auch bei Deutschland für diesen Weg bedankt hat. Man kann ihn also erklären, und man kann ihn auch in Deutschland erklären.

Wurzel: Aber Sie glauben nicht, dass der Druck in Deutschland innenpolitisch größer werden wird? Sie leben ja nicht im luftleeren oder politikfreien Raum.

Wadephul: Nein, das glaube ich nicht, dass der Druck größer wird, und ich möchte mich davon auch nicht leiten lassen. Politische Verantwortung wahrzunehmen, heißt auch, politische Führung auszuüben. Und in dem Bereich habe ich eine sehr klare Auffassung, die ich auch bereit bin, in der Diskussion, auch in der strategischen Diskussion, den Bürgerinnen und Bürgern, auch unseren Wählerinnen und Wählern zu erläutern.

Wurzel: Johann Wadephul, der Bundesaußenminister, zu Gast im Interview der Woche im Deutschlandfunk, aufgezeichnet am Freitagnachmittag auf dem Rückflug von Tel Aviv nach Berlin. Herzlichen Dank.

Wadephul: Sehr gerne.